

Entlastung!

Die zentralen Schwerpunkte der Industrie



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



WIRTSCHAFTSBILDUNG
Pilotprojekt startet im Herbst
an 30 Standorten

Seite 4



CYBER-SECURITY
Wie sich Unternehmen
vor Angriffen schützen können

Seite 2



NIEDERÖSTERREICH
Kinderbetreuung: 15a-Vereinbarung
ist ein wichtiger erster Schritt

Seite 11



(v.l.n.r.): Peter Koren (Vize-Präsident Industriellenvereinigung), Clemens Först (Vorstandssprecher Rail Cargo), Sonja Wallner (CFO A1), Robert Machtlinger (CEO FACC), Moderatorin Sarah Kriesche (ORF), Jochen Borenich (Vostand K-Businesscom), Alexander Naglik (Head of Digital Security & Architecture, Palfinger), Herbert Schindelka (IT Security Officer Wiener Stadtwerke Holding AG)

„Wir müssen unsere Claims abstecken, um autonom zu bleiben!“

Hermann Ludwig Moeller ist bei der ESA Direktor für Strategie und ließ bei seiner Keynote im Zuge des Round Table „Cybersecurity stärken“ aufhorchen. Zu diesem hatten Industrie und Innenministerium geladen.

Die erst wenige Tage zurückliegenden Vorfälle in Kärnten zeigen einmal mehr eindrucksvoll, wie relevant das Thema Cybersecurity wahrgenommen werden sollte. Die Fakten belegen: Die Zahl der Anzeigen wegen Internetkriminalität im vergangenen Jahr ist auf mehr als 46.000 gestiegen. Das bedeutet ein Plus von 29 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Aus diesem Grund lud die Industrie gemeinsam mit dem Innenministerium zum Round Table „Cybersecurity stärken“. Dabei betonte Innenmi-

nister Gerhard Karner die Wichtigkeit der Vernetzung. Sie sei im Kampf gegen Kriminalität im Netz essenziell. Ins gleiche Horn stieß IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Er gab aber zusätzlich die Stoßrichtung vor: „Österreich muss proaktiv sein, Bewusstsein stärken, Vorreiter sein, das bereits vorhandene Potenzial schützen und die sich neu ergebenden Möglichkeiten aktiv für sich nutzen!“

Um einen fachspezifischen Einblick in eben diese neuen und visionären Optionen zu liefern, konnte man mit Hermann Ludwig Moeller einen der führenden Experten Europas als Keynote-Speaker gewinnen. Der Direktor für die strategische Abteilung der ESA ließ in seinem Vortrag aufhorchen. Seiner

Überzeugung nach müssen wir unseren Fokus verstärkt auf modernes Satelliteninternet legen, um langfristig kompetitiv bleiben zu können. „Satelliteninternet kann das perfekte Backup sein, wenn alle anderen Internetdienste ausfallen“, so seine Überzeugung. Eben deshalb fordert er, dass Europa das Tempo erhöht, um nicht Elon Musk, den USA und China das Feld – oder eben das Weltall – zu überlassen. Moeller: „Wir müssen unsere Claims abstecken, um autonom zu bleiben.“ So seien wir in Europa zwar bereits in der Lage, dies zu tun, allerdings würde uns langsam die Zeit davonlaufen. Eben deshalb plädierte der ESA-Experte ebenso wie Minister Karner und IV-Vize Koren für eine maximale Vernetzung untereinander,

um so das tun zu können, was langfristig Sinn ergibt: Alle Kräfte Europas zu bündeln. Und nicht nur wehrhaft zu bleiben, sondern noch wehrhafter zu werden.



Hermann Ludwig Moeller (Head of Institutional and European Programmes, ESA)



Starke Achse mit Tschechien

Bei einem Besuch von IV-Präsident Georg Knill in Prag standen Energieversorgung, Infrastruktur und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Gleich fünf Mitglieder der neuen tschechischen Regierung von Ministerpräsident Petr Fiala (ODS) traf IV-Präsident Georg Knill Anfang Mai bei seinem zweitägigen Besuch in Prag. Bei den Terminen mit Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela standen die politischen und ökonomischen Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine im Mittelpunkt. Wie Österreich hat auch Tschechien eine ähnlich hohe Abhängigkeit von russischem Gas. „Wir müssen unsere gemeinsamen Interessen stärker bündeln und mitteleuropäische Allianzen bilden, um uns so besser Gehör verschaffen zu können“, betonte Knill, der

die Position der IV und der österreichischen Bundesregierung deutlich machte. Auch müssten neue Handelsabkommen, insbesondere mit den USA forciert werden, um Exportchancen zu erhöhen.

Autobahnlücken schließen – Fachkräftemangel beheben

Während des Treffens mit Verkehrsminister Martin Kupka wurde der Ausbau der Infrastruktur, etwa über eine bessere Bahnverbindung von Deutschland über Tschechien nach Wien sowie das Schließen offener Lücken zwischen den beiden Ländern erörtert. Bei den Autobahnen zwischen Prag und Linz sowie zwischen Brünn und Wien

besteht Handlungsbedarf. Zudem erklärte Kupka die Verwendung des europäischen „Recovery Programms“.

Beim Treffen mit Wissenschaftsministerin Helena Langšádlová gab es Übereinstimmung über den Mangel an Arbeitskräften in beiden Staaten und der Notwendigkeit, Maßnahmen dagegenzusetzen. Tschechien hat die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU.

Enge Beziehungen

„Die engen Beziehungen zwischen Tschechien und Österreich bilden das stabile Fundament für die ausgezeichnete wirtschaftliche Zusammenarbeit. Nach Deutschland

ist Tschechien der wichtigste Investitionsstandort“, bilanzierte Knill, der auch mit dem Präsidenten des Industrieverbands SPCR Jaroslav Hanák und dem Top-Management vom größten tschechischen Industriekonglomerat PPF zusammentraf.

Positive Handelsentwicklung

Der Warenhandel zwischen Österreich und Tschechien hat 2021 wieder deutlich an Fahrt aufgenommen: Die österreichischen Warenexporte nach Tschechien stiegen um 18,5% auf sechs Mrd. Euro, während die tschechischen Warenexporte nach Österreich um 29,2% auf 7,8 Mrd. Euro zulegten. Der Bestand österreichischer Direktinvestitionen beträgt 14,2 Mrd. Euro. Tschechien ist für Österreich die acht wichtigste Warenexportdestination. Die bilateralen Beziehungen sind auch auf regionaler Ebene eng: So gibt es etwa regionale Kooperationsprogramme wie „Healthacross“, bei denen Krankenhäusern in Niederösterreich und Tschechien zusammenarbeiten.

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH-TSCHECHIEN AUF EINEN BLICK

Warenhandel Ö – CZ (2021) Exporte nach CZ: EUR 6,0 Mrd. (+18,5%) Importe aus CZ: EUR 7,8 Mrd. (+29,2%)	Direktinvestitionen Ö – CZ (2021) Ö-FDI in CZ: EUR 14,2 Mrd. CZ-FDI in Ö: EUR 0,9 Mrd.	Dienstleistungshandel Ö-CZ (2021) Exporte nach CZ: EUR 1,5 Mrd. Importe aus CZ: EUR 1,4 Mrd.
---	---	---

Entlastung, die wirkt

Die Teuerung belastet Betriebe und Menschen – und braucht bessere Antworten als traditionelle „Hunderter“-Politik.

Mit einer Inflationsrate von acht Prozent hat Österreich im Mai zweifellos auch eine politische Schallmauer durchbrochen. Der Teuerung tatenlos zuzusehen ist definitiv kein politisches Programm. Das gilt freilich auch für die klassische „Hunderter“-Politik, bei der mit der Gießkanne öffentlichkeitswirksame, aber wenig nachhaltige Entlastung ausgeschüttet wird.

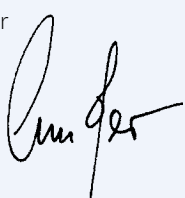
Um nicht missverstanden zu werden: Die Teuerung trifft viele Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich – hier muss klug, schnell und zielgerichtet unterstützt werden. Vorschläge dazu finden sich im von der IV mitgetragenen Sozialpartnerpapier gegen die Teuerung.

Darüber hinaus hat die Industriellenvereinigung ein Fünf-Punkte-Paket entwickelt, das Menschen und Betriebe entlastet – und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Industrie sichert (sh. Coverstory). Das ist umso wichtiger, als der Herbst je nach weiterer Entwicklung in der Ukraine für den Standort Österreich ungeahnte Herausforderungen nach sich ziehen kann. Rechtzeitige Maßnahmen gegen die Teuerung sowie für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung machen den Unterschied.

Wirtschaftspolitischer Gradmesser für die Regierung muss jedenfalls auch die bestmögliche Planbarkeit für unsere Unternehmen

sein – gerade in fordernden Zeiten. Mit der Novelle zum Energielenkungsgesetz, das hoffentlich nie in Kraft tritt, ist es uns gelungen, eine gefährliche rechtliche Lücke zu schließen. Dadurch bekommen die betroffenen Unternehmen die dringend notwendige Rechtssicherheit und Stabilität, die sie für ihre unternehmerischen Entscheidungen brauchen.

Klar muss freilich auch sein, dass die Auswirkungen eines Lieferstopps für Gas aus Russland auf die Versorgungssicherheit und den Wohlstand in Österreich verheerend wären. Massiv betroffen wäre nicht nur die energieintensive Industrie, sondern auch KMU, Produktion und Lieferketten. Wir dürfen unsere eigene Energieversorgungssicherheit keinesfalls leichtfertig aufs Spiel setzen, indem wir den Energielenkungsfall durch Sanktionen selbst herbeiführen. Damit gefährden wir die Stabilität der Stromnetze, schädigen unsere Industrie und vernichten Arbeitsplätze. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir jetzt und in Zukunft in und für Österreich brauchen.

Ihr


Wien, 2. Juni 2022

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Wir werden ohnehin einen Paradigmenwechsel auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn die Arbeitskräfte wirklich fehlen, wenn die Pensionswelle beginnt. Es muss attraktiver werden, länger zu arbeiten.“

Gabriel Felbermayr,
Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts



„Die Inflation ist angebotsseitig getrieben, insofern muss der Staat schon aufpassen, dass er mit Entlastungen die Nachfrage nicht zu sehr stärkt, das könnte den Preisauftrieb noch einmal verstärken.“

Monika Köppl-Turyna,
Direktorin Eco Austria



„Technische Cyber-Angriffe nehmen stark zu, vor allem mit so genannten Ransomware-Angriffen ist viel Geld zu machen. Bewaffneter Bankraub? Das war einmal. Die Akteure agieren getarnt aus dem Darknet heraus. Bezahlt wird mit einer Kryptowährung. Zwar weiß man, in welches Wallet, also in welche digitale Geldbörse das Geld fließt, aber man weiß nicht, wem sie gehört.“

Cornelius Granig,
IT-Sicherheitsexperte

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 2. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

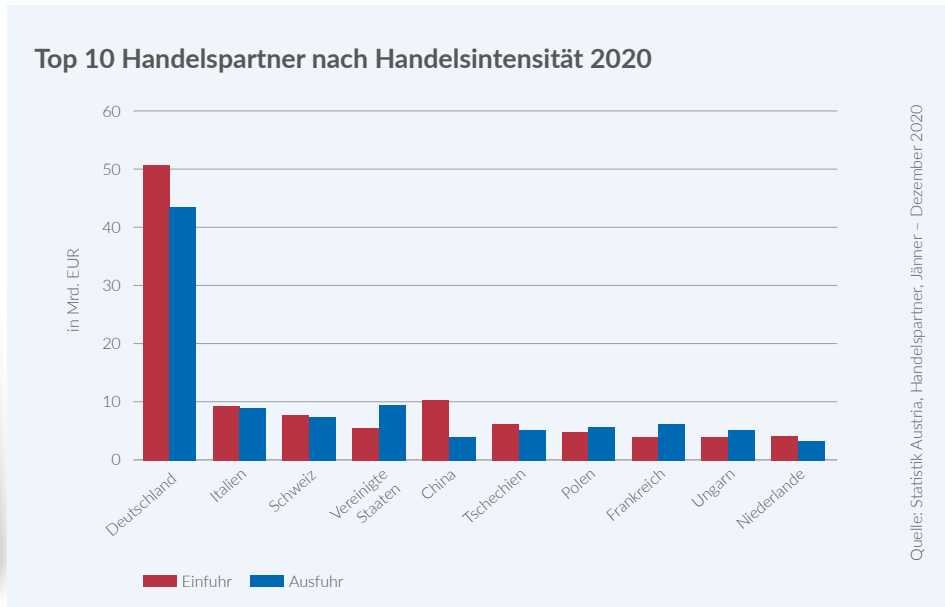
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Österreichs Unternehmen sind sehr exportorientiert – rund 56% des österreichischen BIP wird durch Exporte erwirtschaftet. 57% ist die Exportintensität der heimischen Industrieproduktion gemessen an ihrem Umsatz. Mit Abstand wichtigster Handelspartner für Österreich ist Deutschland: Im Zeitraum von 2017 bis 2021 erreichten die Exporte 226,4 Mrd. Euro und die Importe 274,9 Mrd. Euro. Besonders

die Automobilindustrie profitiert von den starken Handelsbeziehungen der beiden Länder: 75% des Exports der österreichischen Fahrzeugindustrie gingen 2019 ins europäische Ausland, davon 43% nach Deutschland. In Österreich ist die Fahrzeugindustrie drittstärkster Industriezweig mit einem jährlichen Umsatz von 18 Mrd. Euro bei 900 Unternehmen und einer Exportquote von knapp 90%.



ZAHL DES MONATS

67%

der Unternehmen waren in den letzten 12 Monaten Opfer eines Cyberangriffs (lt. KPMG Cyberstudie Mai 2022).

Cybersicherheit ist kein Zukunftsthema mehr, sondern eine zentrale Herausforderung im unternehmerischen Alltag. Cyberangriffe sind im vergangenen Jahr um fast 30 Prozent angestiegen, die Attacken werden professioneller und etwa jedes zweite Unternehmen war bereits mit Internetkriminalität konfrontiert. Die Bedrohung ist real und richtet jährlich Schäden in Millionenhöhe an. Cybersecurity wird zum relevanten Wettbewerbsfaktor. Um die Resilienz der heimischen Betriebe in diesem Bereich zu stärken, braucht es zum einen gut ausgebildete und verfügbare Fachkräfte und zum anderen eine verstärkte kooperative Zusammenarbeit aller beteiligten Stakeholder. Österreich muss proaktiv sein, Bewusstsein stärken, Vorreiter sein, das bereits vorhandene Potenzial schützen und die sich neu ergebenden Möglichkeiten aktiv für sich nutzen.

Stiftung Wirtschaftsbildung: Wirtschaft als Teil der Grundbildung in der Sekundarstufe I

Wie künftig das Verständnis von Wirtschaft und Finanzen an Schulen vermittelt werden kann.

Am 25. Mai fand das Kick-off des Schulpilots Wirtschaftsbildung der Stiftung Wirtschaftsbildung im Haus der Industrie statt. Nach den Begrüßungsworten, unter anderem von Bildungsminister Martin Polaschek, und der Vorstellung der Schulpilot-Schulen fand eine Podiumsdiskussion zu Wirtschaftsbildung der Zukunft statt.

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung wurde 2020 von der IV, gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, der Erste Stiftung, der Innovationsstiftung für Bildung, der MEGA Bildungstiftung, der Österreichischen Nationalbank sowie der Arbeiterkammer ins Leben gerufen. Es freut uns, dass die Stiftung Wirtschaftsbildung mit diesen sieben Gründungspartnerorganisationen so breit aufgestellt ist.

Ziel der Stiftung für Wirtschaftsbildung ist die langfristige Verankerung von wirtschaftlichen Bildungsinhalten in der schulischen und außerschulischen Allgemeinbildung. Schüler sollen dazu befähigt werden, mündig, kritisch, selbstständig, verantwortungsbewusst und kompetent an der Entwicklung und Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mitzuwirken. Sie sollen durch die Vermittlung von Life Skills und unternehmerischem Denken auf die Zukunft vorbereitet werden, unabhängig von ideologischen Vorstellungen oder Vorgaben.

Um den Lehrern qualitätsgeprüftes Lehr- und Lernmaterial zur Verfügung zu stellen, hat die IV die Plattform „Wirtschaft erleben“ in die Stiftung eingebracht. Die Website wird von der Stiftung kuratiert und soll Pädagogen aller Schulen der Sekundarstufe I die Suche nach geeignetem Lehrmaterial erleichtern.



Hintere Reihe v.l.n.r.: Mag. Philip List, Mag. Doris Pfingstner, Yvonne Temmel, Mag. Mariana Kühnel, BM Ao. Univ. Prof. Dr. Martin Polaschek, Matthias Reisinger, Jakob Calice, PhD, Dr. Mariella Schurz; Vordere Reihe v.l.n.r.: Mag. Ilkim Erdost, Mag. Maggie Childs, MMag. Martina Piok, ao Univ. Prof. Mag. Dr. Christian Friesl

Schulpilot Wirtschaftsbildung
Durch den von der Stiftung für Wirtschaftsbildung organisierten Schulpilot Wirtschaftsbildung, der mit den ersten 30 Pilotschulen mit dem Schuljahr 2022/23 in der 5. Schulstufe startet, unterstützt die Stiftung österreichische Schulen der Sekundarstufe I bei der Etablierung des didaktischen Schwerpunktes Wirtschaftsbildung. Lebensnahe Wirtschaftsbildung soll in der schulischen Allgemeinbildung gestärkt und verbreitet werden.

Der Wirtschaftsschwerpunkt kann entweder als eigenes Fach oder als fächerübergreifende Projektwochen über die Dauer von vier Jahren umgesetzt werden. Die teilnehmenden Schulen werden mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket

durch die Stiftung unterstützt. Dieses enthält neben Fortbildungen auch Schul-Coachings und finanzielle Förderungen. Außerdem plant die Stiftung regional ansässige Unternehmen in Schulprojekte aktiv miteinzubeziehen. Die konkrete Umsetzung wird derzeit erarbeitet.

Im Herbst 2022 ist eine Bundesländertour geplant, um mit potenziellen Schulpilotschulen für die nächste Phase in Kontakt zu

treten und den Austausch mit regionalen Stakeholdern wie Bildungsinitiativen und regionalen Unternehmen zu ermöglichen. Die österreichweite Tour startet am 28. September in Vorarlberg und endet am 20. Oktober im Burgenland.

Interessierte Mitglieder sind herzlich eingeladen für nähere Informationen Marina Wittner aus der Abteilung Bildung und Gesellschaft oder die Stiftung direkt zu kontaktieren.



IN DER SCHULE FÜRS LEBEN LERNEN

DIE STIFTUNG FÜR WIRTSCHAFTSBILDUNG AUF BUNDESLÄNDERTOUR

Spannende Schulen und Projekte kennenlernen und mit anderen Gestalter:innen aus Bildung und Wirtschaft vernetzen.

Start: 16:00 - 18:00 Uhr

stiftung-wirtschaftsbildung.at

Region	Datum
Feldkirch	28.09.
Innsbruck	29.09.
Salzburg	06.10.
Linz	06.10.
Klagenfurt	12.10.
Graz	13.10.
St. Pölten	18.10.
Eisenstadt	20.10.

IV Gas Infopoint: Mitgliederservice in der Energiekrise

Dritter Gasinfopoint mit hunderten Unternehmen

Die mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine deutlich verschärfte Energiekrise erfordert ein besonderes Maß an transparenter Kommunikation durch die verantwortlichen Stellen, allen voran des BMK. Die IV hat frühzeitig und nachdrücklich diese Information im Sinne der Planungssicherheit der Unternehmen eingefordert. In der Folge konnten im Rahmen von drei sogenannten „Gas-Infopoints“ die relevanten Stakeholder aus dem Bereich der öffentlichen Hand, der Energieversorgung sowie die Regulierungsbehörden mit österreichischen Industrieunternehmen vernetzt werden. Dabei wurde aus erster Hand über

aktuelle Einschätzungen im Bereich der Gasversorgung sowie aktuelle regulatorische Aspekte und geplante Logistik informiert und die Gelegenheit gegeben, drängende Fragen unmittelbar an die verantwortlichen Personen und Stellen zu richten.

Die aktuelle Energiekrise kam unerwartet. Dementsprechend gab es enormen Kommunikationsbedarf zwischen den Verantwortlichen im Bereich der Gasversorgung und den Gasverbrauchern. Die Industriellenvereinigung hat dieses Informationsdefizit erkannt und rasch ein niederschwelliges Format zum Informationsaustausch

und zur Vernetzung geschaffen. Ziel war es, auch in unsicheren Zeiten der Industrie durch einen unbürokratischen Informationsaustausch ein möglichst hohes Maß an Planungssicherheit zu ermöglichen. Die großartige Resonanz, bei allen drei der bisherigen Gas Infopoints, bestätigt die Relevanz des Formates.

Auch im Bereich der Krisenbewältigung hat sich die IV in den vergangenen Monaten maßgeblich bei der Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen eingebracht, womit insbesondere hinsichtlich der Gasbevorratung deutliche Fortschritte

erzielt wurden. So wurde bei der Überarbeitung des Energielenkungsgesetzes die Einführung von geschützten Gasmengen für Unternehmen erreicht. Zusätzlich konnte im Zuge der Novelle Rechtssicherheit in Bezug auf Entschädigungen im Energielenkungsfall hergestellt werden. Mit der Novellierung des Gaswirtschaftsgesetzes wurde erstmals eine strategische Gasreserve beschlossen. Dabei sollen bereits im November 2022 12,6 TWh an gespeichertem Gas als strategische Sicherheit zur Verfügung stehen. In einem weiteren Schritt soll diese strategische Reserve noch ausgeweitet werden.

Standortasset HTL stärken

Die HTL (Höhere Technische Lehranstalt) verkörpert eine der drei zentralen Säulen zur Sicherung des Innovationsnachwuchses in Österreich. Mehr als die Hälfte des höher qualifizierten Technikpersonals hat die Berufsausbildung an der HTL erworben, deutlich mehr als an Fachhochschulen und Universitäten gemeinsam. Aus Sicht der Industrie stellt die HTL daher ein Asset der Extraklasse am Technologie-Standort Österreich dar.

Als langjährige Promotorin der Techniksulen hat die IV Ende Mai erneut zu einem informellen Austausch mit ausgewählten Vertretern dieses Schultyps aus ganz Österreich geladen. Durch die Fortsetzung dieses strategischen Dialogs unter Schirmherrschaft von IV-Präsident Georg Knill und mit einem Input von Franz Reithuber, dem Vorsitzenden der HTL-Direktoren in Österreich, konnten die aktuell wichtigsten Herausforderungen direkt mit den Schulen diskutiert und mögliche Lösungsszenarien

aus Praxisperspektive gespiegelt werden. Auf ganz besonderes Interesse stießen die Themen Schulverwaltung und Vernetzung, plus 20 Prozent MINT-Ziel der Bundesregierung, strategische Ausbildungswahl der Jugend sowie Frauen und Technik. Die IV wird die Learnings des Dialogs mit Nachdruck in die politische Diskussion einbringen. Denn nicht zuletzt im Lichte des demografischen Wandels muss alles unternommen werden, um den so wichtigen Schultyp der HTL in Österreich weiter zu stärken.



IV-Präsident Georg Knill

6. Summit Industrie 4.0: Digitalisierung und Industrie 4.0 als Treiber eines resilienten und nachhaltigen Standorts

Am 30. Mai 2022 fand der sechste Summit Industrie 4.0 unter dem Motto „digital:regional“ mit rund 300 Teilnehmern im Wiener Rathaus statt. Auf der Agenda der diesjährigen Jahreskonferenz der Plattform Industrie 4.0 stand der Beitrag von digitalen Technologien und Industrie 4.0 zu einem resilienten und nachhaltigen Standort. Neben Keynotes von Professor Heiko Paulheim (Universität Mannheim) zu künstlicher Intelligenz und Karin Huber-Heim (Circular Economy Forum Austria) zu Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung stand unter anderem die Präsentation von Industrie 4.0 use cases auf dem Programm. Zudem lieferten Vertreter des heurigen Partnerlandes Niederlande wertvolle Inputs, wie Wertschöpfungsnetzwerke in Europa durch Datasharing

entstehen können, zur Bedeutung von Halbleitern und wie der Fachkräftemangel durch Initiativen wie die Smart Makers Academy adressiert werden kann. Bei der Pressekonferenz im Vorfeld des Summits betonte Stefan Ehrlich-Adám, geschäftsführender Gesellschafter der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH und Präsidiumsmitglied der Industriellenvereinigung Wien, die Bedeutung der Digitalisierung für die österreichische Industrie und deren Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit. „Der Einsatz von Schlüsseltechnologien bietet enorme Hebel für die digitale und grüne Transformation und ist entscheidend für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas.“, so Ehrlich-Adám, „zum Gelingen dieser doppelten Transformation braucht die Industrie die Unterstützung der Politik.“



V.l.n.r.: Sigrig Stagl, Florian Haas, Christoph Neumayer, Gerlinde Layr-Gizycki, Gabriele Maria Straka, Cornelia Diesenreiter und Paul Schmitzberger

Nachhaltigkeit – vom Schattendasein in die Vorstandsetage

Am 23. Mai fand die gemeinsam von der Industriellenvereinigung, dem Zukunft.Frauen Alumnae Club und dem All EYES on Women-Network von EY Österreich initiierte Veranstaltung „Nachhaltigkeit – vom Schattendasein in die Vorstandsetage“ statt. Christoph Neumayer, Gerlinde Layr-Gizycki und Helen Pelzmann eröffneten den Abend und begrüßten gemeinsam die zahlreich erschienen Gäste im Großen Saal des Hauses der Industrie. Der Fokus der hochkarätigen Veranstaltung mit drei Impulsreferaten von Cornelia Diesenreiter, CEO Unverschwendet, Jasmin Soravia, geschäftsführende Gesellschafterin bei Kollitsch & Soravia Immobilien GmbH und

Paul Schmitzberger, CEO des Start-ups Blue Planet Ecosystem, lag primär auf der ökologischen Nachhaltigkeit, betrachtete das Thema aber aus unterschiedlichen Perspektiven. In der anschließenden Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass Nachhaltigkeit sowohl auf Makro- als auch Mikroebene ein zentrales Thema der nächsten Jahrzehnte sein werde. Vor allem aus wirtschaftlicher Perspektive hätten Innovationen und neue Technologien sowie Kooperationen und Ökosysteme große Bedeutung erlangt.

Ein ausführlicher Nachbericht findet sich hier: <https://bit.ly/3msrFu5>



Roland Sommer, Jochen Danninger, Leonhard Schneemann, Gerhard Hirczi, Henriette Spyra, Stefan Ehrlich-Adám, Peter Schleinbach

Exzellenzuniversitäten als Wettbewerbsfaktor um die besten Köpfe und Ideen

Wie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen zu mehr Exzellenz führt, war beim 4. Hochschulpolitischen Dialog im Haus der Industrie ebenso Thema wie notwendige Maßnahmen für einen exzellenten Innovationsstandort.

Um den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, lud die IV gemeinsam mit TU Austria (TU Wien, TU Graz und Montanuniversität Leoben) zum 4. Hochschulpolitischen Dialog. Das Thema lautete „Exzellenzuniversitäten als Wettbewerbsfaktor um die besten Köpfe und Ideen“. Dabei diskutierten Vertreter aus Unternehmen, Hochschulen und Politik über den Weg zu exzellenten Universitäten und dafür notwendige Rahmenbedingungen. Gerhard Rödel, „DRESDEN-concept“, stellte in seiner Keynote Meilensteine der erfolgreichen Entwicklung des Universitätsstandortes Dresden zur Exzellenzuniversität dar.

Starke strategische Partnerschaften zwischen Hochschulen und Industrie

Notwendig sei die Zusammenarbeit innerhalb der Universitäten, aber auch mit externen

Akteuren wie Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen, stellten die Teilnehmenden fest. Unverzichtbar, um zu exzellenten Lösungen zu kommen und Schnittstellen zwischen universitären und industriellen Fragestellungen sichtbar zu machen, sei der Dialog zwischen Industrie und Universitäten. Dies auch, um die Anzahl der am Markt erfolgreich umgesetzten Innovationen aus der universitären Forschung zu steigern.

Exzellenz in Qualifizierung, Digitalisierung und Innovation

Exzellente Innovationen für die Zukunft entstünden nicht im luftleeren Raum. Daher brauche es die Wissenschaft als starken Partner, betonte IV-Präsident Knill in seinem Statement. Aus Sicht der Industrie erfordert dies Exzellenz in drei Dimensionen – der Qualifizierung, der Digitalisierung und der Innovation. Die österreichische Exzellenzinitiative ist ein klares Commitment der Politik dazu.



Beim Hochschulpolitischen Dialog am 24.5.2022 im Haus der Industrie nahmen teil (v.l.n.r.): Sybille Reichert (Reichert Consulting), Stefan Poledna (TTTech Auto), Georg Knill (Industriellenvereinigung), Harald Kainz (TU Austria & TU Graz), Birgitta Schultze-Bernhardt (TU Graz), Katharina Schröder (TU Wien), Maria Scholl (APA), Gudrun Feucht (IV), Sabine Seidler (TU Wien & TU Austria), Maximilian Richter (BMBWF), Elke Standeker (TU Austria) und Wilfried Eichlseder (TU Austria & Montanuniversität Leoben).

Unser Entlastungspaket für Österreich

Der Standort braucht dringend ein Entlastungspaket. Die Industriellenvereinigung bringt klare Vorschläge, was die Regierung jetzt tun muss.

Die Teuerung hat mit bisher acht Prozent einen absoluten Rekordwert erreicht, denn: Das ist der höchste Wert seit September 1975. „Wir erleben heuer eine echte ökonomische Zeitenwende. Menschen und Betriebe müssen schnell entlastet werden“, fordert IV-Präsident Georg Knill. Um kostendämpfende Entlastung mit Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden, haben die Experten der Industriellenvereinigung ein 5-Punkteprogramm geschnürt. Die Maßnahmen auf einen Blick:

1. Kalte Progression abschaffen

Das Problem ist bekannt: Jedes Mal, wenn Unternehmen eine Lohnerhöhung auszahlen, nascht der Staat bei gleichbleibenden Tarifstufen überproportional mit. Die aktuelle kalte Progression trifft alle Einkommensstufen gleichermaßen. Für IV-Präsident Georg Knill steht außer Frage: „Die Abschaffung der kalten Progression darf keine weitere Umverteilung bedeuten, sondern muss für alle im gleichen Ausmaß erfolgen.“ Das obere Fünftel der Einkommensempfänger (Bruttoeinkommen ab 3.400.- Euro) ist bereits jetzt 77% des Lohn- und Einkommensteueraufkommens verantwortlich. Für die Abschaffung der kalten Progression gibt es unterschiedliche Modelle (sh. Kasten). Die Industrie präferiert das so genannte „Richtwertmodell“, weil dieses dem Gesetzgeber den meisten Spielraum lässt und eine Entlastung der Unternehmen ermöglicht. Nach den Berechnungen der Industriellenvereinigung ist damit für eine durchschnittliche Familie eine Entlastung von rund 800 Euro für das heurige Jahr möglich. Die Entlastung würde sich im darauffolgenden Jahr verdoppeln. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer unterstreicht: „Es ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen – und nicht der Staat am meisten davon profitiert.“

2. Kaufkraft stärken

Ein zweiter wichtiger Hebel zur Entlastung der Menschen ist aus Sicht der Industriellenvereinigung die gezielte Stärkung der Kaufkraft. Neumayer: „Dies hat bereits bei den Corona-Prämien 2020 und 2021 gut funktioniert.“ Vor diesem Hintergrund fordert die Industriellenvereinigung die Einführung einer steuerfreien Mitarbeiterprämie. „Wir entlasten damit Angestellte treffsicher und erhöhen die Preisstabilität“, so IV-Präsident Knill. Die Prämie soll in der Höhe von etwa 3.000.- Euro eingeführt werden und sozialversicherungs- und steuerfrei sein.

3. Strompreis kompensieren

Bereits 14 EU-Staaten, darunter Deutschland, unterstützen ihre Betriebe mit einer zielgerichteten Strompreiskompensation. Knill: „Es ist definitiv ein Wettbewerbs- und Standortnachteil für Österreich, dass unsere Regierung das noch nicht getan hat.“ Die Industriellenvereinigung fordert daher statt Zahlungen im Gießkannen-Stil eine gezielte Unterstützung für energieintensive Unternehmen im Ausmaß von 200 Millionen Euro. „Durch diese beihilferechtlich rechtskonforme Unterstützungsmaßnahme werden indirekte CO₂-Kosten der stromintensiven Industrie ersetzt“, erläutert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

„Es ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen – und nicht der Staat am meisten davon profitiert.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

4. Behaltefrist umsetzen

Die Diskussion wurde bereits gestartet, an der Umsetzung fehlt es noch: Die Befreiung von Wertpapieren von der Kapitalertragssteuer (KESt) bei gleichzeitiger Wiedereinführung einer Behaltefrist soll laut Finanzminister rasch realisiert werden. Während die Wiener Börse in den vergangenen Jahren für eine Behaltefrist von einem Jahr plädierte, sprach sich die Versicherungsbranche für eine Behaltefrist von mindestens fünf Jahren aus. Die heimische Bevölkerung hat zum Thema eine klare Position: Zwei Drittel halten die Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Alters- und Pensionsvorsorge dienen, für versteckten Pensionsraub. „Die Umsetzung der Behaltefrist würde das Interesse von jungen Menschen an Aktien, Wertpapieren oder Anleihen für individuellen Vermögensaufbau und die private Altersvorsorge deutlich erhöhen – und wäre ein wirksames Programm gegen die Geldvernichtung durch die hohe Inflation“, so IV-Generalsekretär Neumayer.

5. Arbeit entlasten

Entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Österreich ist die Entlastung des Faktors Arbeit. Die Industriellenvereinigung drängt daher auf eine Senkung der Lohnnebenkosten. Denkbar sind dabei zwei Modelle: Keine unmittelbare Belastung des Bundesbudgets brächte eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrags, während die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds Auswirkungen auf das Budget hätte. „Entscheidend für unsere Betriebe ist, dass die Arbeitskosten sinken. Das wirkt gegen die Teuerung, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und stärkt die Beschäftigung im Land – und genau darum muss es uns jetzt allen gehen“, bilanziert IV-Präsident Georg Knill.



Kalte Progression: Modelle im Vergleich

Schweizer Modell

Die Kalte Progression wird über eine Indexierung der Tarifstufen und der Abzüge (z. B. Kinderabzug, Doppelverdienerabzug) ausgeglichen. Zentraler Ansatzpunkt für die Indexierung ist die Inflationsrate. Die Tarifstufen und die Abzüge werden jährlich an den Verbraucherpreisindex angepasst.

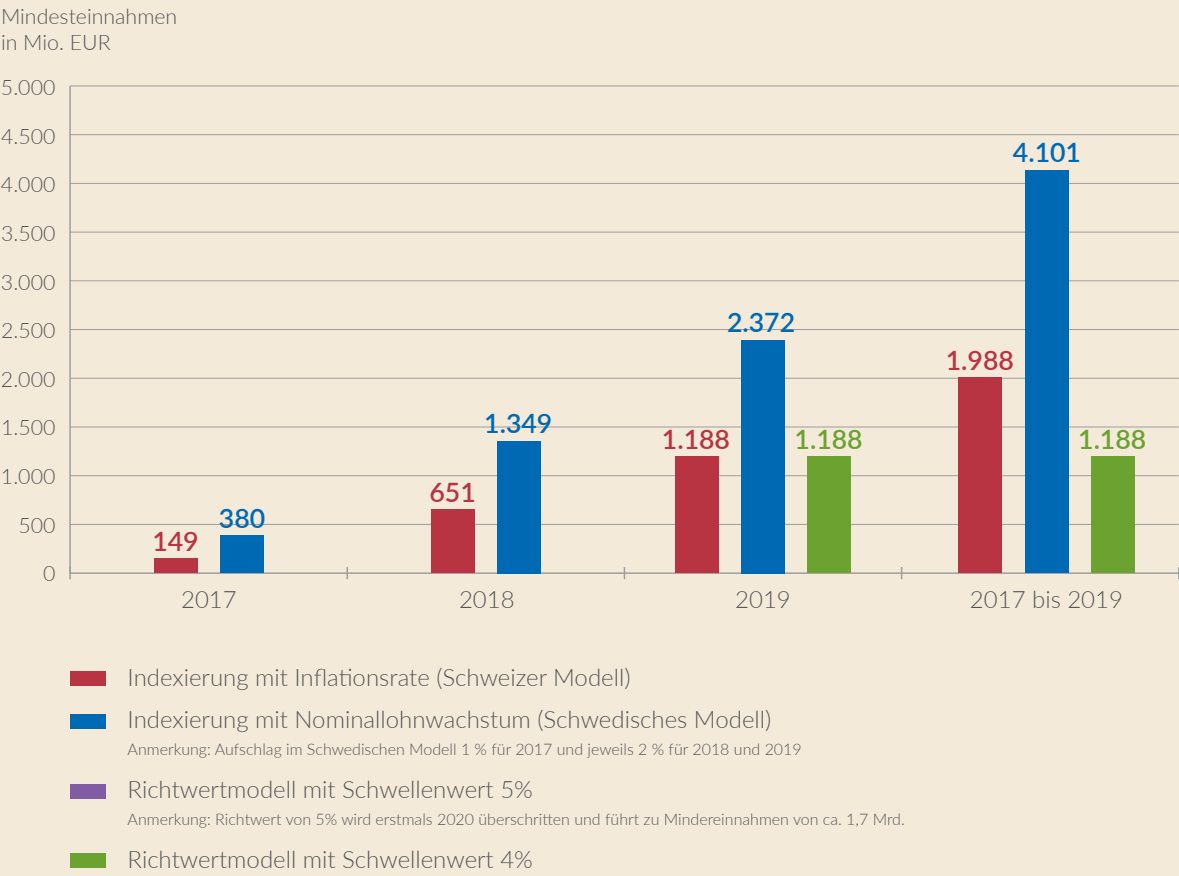
Schwedisches Modell

Die Kalte Progression wird durch Indexierung der Tarifstufen sowie der Abzüge ausgeglichen. Die Indexierung erfolgt auf Basis der Inflationsrate und berücksichtigt zudem einen fixen Faktor zur Annäherung an die nominelle Lohnentwicklung. Die Regelung sieht eine Indexierung der Tarifstufen um die Veränderung des Konsumentenpreisindex und einem fixen Aufschlag von zwei Prozentpunkten vor, wobei die Abzüge nur mit der Inflationsrate und ohne Aufschlag indexiert werden.

Richtwertmodell

Das Richtwertmodell sieht eine Indexierung des Steuertarifs erst dann vor, wenn die kumulierte Teuerung einen gesetzlich festgelegten Schwellenwert überschreitet. Das überarbeitete Regierungsprogramm 2017/2018 sah vor, dass ab einer kumulierten Inflation von fünf Prozent die ersten beiden Tarifstufen von 11.000 EUR und 18.000 EUR automatisch indexiert werden.

Simulierte Kosten für Österreich bei Anwendung der einzelnen Modelle



Quelle: Budgetdienst des österreichischen Parlaments

IV-Erfolg bei Novelle des Energielenkungsgesetzes

Die Novelle des Energielenkungsgesetzes bringt betroffenen Unternehmen die dringend notwendige Rechtssicherheit und Stabilität, die sie für ihre unternehmerischen Entscheidungen brauchen. Unternehmens-eigene Gasreserven anzulegen war für die heimischen Industriebetriebe bisher ein nicht kalkulierbares Risiko. Denn für den Ernstfall, also einer Drosselung oder gar einem Stopp

der russischen Gaslieferungen, waren die rechtlichen Rahmenbedingungen bisher unklar. So hätte der Staat in einem Energielenkungsfall auf betriebliche Reserven zugreifen können – ohne jegliche Kompensationsmaßnahmen für betroffene Unternehmen leisten zu müssen. Dank der Novelle gilt nun betrieblich gespeichertes Gas im Ausmaß von 50 Prozent des Jahresverbrauchs als sogenannte

„geschützte Menge“, auf welche nur in definierten Ausnahmefällen zugegriffen werden kann. Die Kosten für Kaufpreis und Einspeicherung müssten dann jedenfalls ersetzt werden. Darüber hinaus wurde eine allgemeine Entschädigungsbestimmung für Vermögensschäden aufgrund von Lenkungsmaßnahmen aufgenommen, wie sie zuvor nur für Kohle und Öl vorgesehen war.

Bildungspolitik: Was gut gelungen und was dringend zu tun ist

Erfolge und prioritäre Handlungsfelder aus Sicht der Vorsitzenden des IV-Ausschusses, Christine Schwarz-Fuchs



Christine Schwarz-Fuchs, Sie sind seit Herbst 2020 Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses. Was ist aus Ihrer Sicht in der Bildungspolitik im letzten halben Jahr gut gelungen?

Erfreulich ist die Einführung des neuen Pflichtgegenstands „Digitale Grundbildung“ an den Mittelschulen und AHS-Unterstufen. Dafür hat sich die IV stark eingesetzt, denn Digital Skills sind in der

modernen Lebens- und Arbeitswelt unabdingbar. Wir begrüßen auch den aktuellen Erlass von Bildungsminister Polaschek zur “abgemilderten Aufstiegs Klausel”, der ein Aufsteigen in die nächste Klasse trotz mehrerer Fünfer nicht mehr möglich macht. Das hat nämlich in der Praxis viele Jugendliche davon abgehalten, eine Lehrstelle in der Industrie anzustreben.

Ein weiterer Erfolg ist die Gründung der Stiftung für Wirtschaftsbildung auf Initiative der IV gemeinsam mit Erste Stiftung, Arbeiterkammer, OENB, Innovationsstiftung für Bildung, MEGA Bildungstiftung und WKÖ. Die Stiftung hat erst im Mai die Einführung eines Schulpiloten zur Wirtschaftsbildung an 30 Schulen in Österreich präsentiert. Besonders freut mich, dass im Bereich Elementarbildung mit der neuen 15a-Vereinbarung nicht nur die finanziellen Mittel aufgestockt, sondern auch Weichen für den Ausbau der Kindergarten-Plätze und der Verlängerung der Öffnungszeiten gestellt wurden. Die Elementarbildung ist nicht nur erste Bildungsinstitution, sondern zentral für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und letztlich auch Hebel für die Gewinnung von Fachkräften.

Was gibt es aus Ihrer Sicht im Bildungsbereich noch zu tun?

Der Fachkräftemangel ist eine große Herausforderung in der Industrie. In der Bildungspolitik muss alles darangesetzt werden, nach Corona die Bildungsdefizite aufzuholen und künftig zu verhindern. Dazu zählt insbesondere die Grundbildung durch die mittlere Reife qualitativ zu verbessern und das Image der Lehre bei Jugendlichen und Eltern zu heben. Gleichzeitig müssen die Weiterbildungsmöglichkeiten nach einer Lehre erweitert werden, etwa durch neue Angebote von Lehre mit und nach Matura. Nicht zuletzt gilt es den für die Industrie wichtigen Schultyp der HTL langfristig abzusichern.

In der Elementarbildung sehen wir noch Verbesserungspotenzial. Wir brauchen mittelfristig bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Kinderbildung und -betreuung. Zusätzlich muss die lang angekündigte Ausbildungsoffensive für Pädagogen im Elementarbereich gestartet

werden. Denn sonst wird es schwierig, die Qualität zu heben, die Gruppengrößen zu verkleinern und den Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Worauf setzen Sie in Ihrer Arbeit im Bildungsausschuss ?

In jeder unserer Sitzungen behandeln wir topaktuelle und durchaus brisante bildungspolitische Themen und diskutieren diese mit Experten der Politik und Wissenschaft. So hatten wir in unserer Mai-Sitzung beispielsweise den Integrationsexperten Kenan Güngör zu Gast, der Szenarien zu den Strömen der Ukraine-Flüchtlinge und deren Implikationen für Bildung und Arbeitsmarkt aufzeigte. Besonders am Herz liegt mir die Elementarbildung. Es freut mich sehr, dass hier durch unser Engagement einiges in Bewegung gekommen ist.

ZUR PERSON

Mag. Christine Schwarz-Fuchs ist Geschäftsführerin der Buchdruckerei Lustenau. Seit 2019 ist die gebürtige Lustenauerin Vizepräsidentin der IV-Vorarlberg sowie seit 2020 Gast im IV-Bundesvorstand.

Seit Herbst 2020 ist sie Vorsitzende des IV-Bildungsausschusses mit den Arbeitsschwerpunkten Elementarbildung und Schule, Wirtschaftsbildung, berufliche Bildung inkl. Fachkräfte und Lehre sowie Hochschulbildung.

Am 1. Jänner 2022 übernahm sie die Funktion der Präsidentin des Bundesrats. Dabei legt sie einen besonderen Fokus auf die Stärkung des ländlichen Raums, Lösungen für den Fachkräftemangel sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

FACTBOX

15a Vereinbarung

Die Art.15a-BVG Vereinbarung über die Elementarpädagogik regelt die Finanzierung und Aufgabenziele in der Elementarbildung und -betreuung zwischen Bund und Ländern. Die Inhalte der neuen 15a-Vereinbarung, die bis 2026/27 gilt, wurde am 20.5.2022 in der Landeshauptleutekonferenz präsentiert. Geregelt werden der Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen, die frühsprachliche Förderung sowie beitragsfreie Besuchspflicht im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt.

Die wichtigsten Ziele auf einen Blick

- Flächendeckender Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebots: Insbesondere sollen neue Plätze für Unter-Dreijährige geschaffen und der Fokus auf noch unterversorgte Regionen gelegt werden. Damit soll das Barcelona-Ziel erreicht werden, das eine Betreuungsquote für Unter-Dreijährige von 33 Prozent vorsieht. Derzeit beträgt sie laut aktueller Kindertagesheimstatistik 27,6 Prozent.
- Die Öffnungszeiten sollen verlängert und flexibler werden, damit diese mit einer Vollbeschäftigung der Erziehungsberechtigten vereinbar sind. Zusätzlich sollen auch für Randzeiten Angebote bereitstehen. Die frühsprachliche Förderung soll weiter ausgebaut werden.
- Laut Vereinbarung soll damit bis 2026/27 insgesamt eine Milliarde Euro in elementare Bildungsangebote fließen. Das entspricht einer Anhebung der Mittel um 40 Prozent. Zudem soll den Bundesländern flexibel mehr Geld für den Ausbau von Standorten oder die Sprachförderung zur Verfügung stehen

IV-Einschätzung

Mit der aktuellen 15a-Vereinbarung werden wichtige Teilziele erreicht. Die Forderung nach bundesweiten Mindeststandards etwa bei Gruppengröße oder Personalschlüssel festzulegen ist am Widerstand der Länder gescheitert. In der 15a-Vereinbarung bekennen sich die Länder jedoch dazu, bei künftigen Elementarpädagogik-Konferenzen gemeinsam einen Vorschlag über Qualitätsmindeststandards zu erarbeiten. Außerdem wird der Bund im Sinne von mehr Transparenz künftig einen jährlichen Bericht über die Umsetzungsfortschritte der Länder veröffentlichen.

Dennoch bleibt für eine qualitätsvolle Kinderbildung und -betreuung ab dem ersten Geburtstag noch viel zu tun. Dazu braucht es auch ein schrittweises Aufschließen Österreichs auf den EU-Schnitt von ein Prozent des BIP. Berechnungen zeigen, dass die Kosten schon kurzfristig zu zwei Dritteln mit zusätzlichen Einnahmen durch erhöhte Erwerbsbeteiligung und mehr Privatkonsum) gedeckt werden können.

Leaders Circle: Junge Industrie trifft Industriellenvereinigung

J I-Bundesvorsitzender Matthias Unger hat erstmals zum Leaders Circle ins Haus der Industrie eingeladen. Der Tag wurde von den Vorständen der JI-Landesgruppen nicht nur genutzt, um sich untereinander auszu-

tauschen, sondern vor allem auch um sich mit zentralen Entscheidungspersonen der Industriellenvereinigung zu vernetzen.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen wurde zuerst mit IV-Präsident Georg Knill und

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer über aktuelle politische und wirtschaftliche Herausforderungen diskutiert. Anschließend wurden diese Gespräche mit IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren sowie IV-Chefökonom Dr. Christian Helmenstein vertieft. Themen waren unter anderem die energiepolitische Lage in Österreich, die direkten und indirekten Herausforderungen durch die Ukraine-Krise, die Notwendigkeit von Wachstum und Wohlstand sowie Zukunftsperspektiven von Exportstrategien.

Gerade in dieser durch Krisen und großen Herausforderungen geprägten Zeit war dieser Dialog und das persönliche Treffen besonders wichtig. Synergien zu nutzen und voneinander zu lernen sind wesentliche Säulen unserer guten Zusammenarbeit.



Wir wollen es wissen

Wozu gibt es Wissenschaft, Statistik und Fachkompetenzen, wenn politische Entscheidungen am Ende realitätsfern getroffen werden?

Als Junge Industrie wünschen wir uns eine weitsichtige und faktenbasierte Politik. Oftmals fragt man sich jedoch, auf welcher Entscheidungsgrundlage Projekte, budgetäre Ausgaben und sonstige politische Anweisungen getroffen werden. Mit dem, was unsere Gesellschaft, unsere Industrie oder Österreich als Standort braucht, hat das manchmal recht wenig zu tun. Leider.

Bestes Beispiel sind wieder einmal die Ergebnisse der 15A-Vereinbarung zum Thema Elementarpädagogik. Investitionen in die frühkindliche Betreuung und Bildung unterstützt erwiesenermaßen die Kindesentwicklung sowie die elterliche Arbeitsmarktteilnahme - und sind damit wesentlicher Standortfaktor. Die neue Kindergartenmilliarde ist da zwar quantitativ ein richtiger Schritt, lässt aber notwendige strukturelle Maßnahmen außen vor. Es fehlen hochwertige einheitliche Qualitätskriterien, ausgeweitete Öffnungszeiten und flexible Modelle. Auch eine einheitliche transparente Bedarfserhebung von Kindergartenplätzen oder ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung wurde erneut nicht aufgegriffen. Für unseren Standort, aber vor allem für Eltern in unserem Land eine verpasste Chance. Wieder einmal.

Wissenslücken und Transparenzmängel haben zur Folge, dass kein, ein falsches oder unterschiedliches Wissen erlangt wird. Außerdem schürt es das Misstrauen gegenüber der Politik. Auf der anderen Seite brauchen wir datenbasierte und realitätsnahe Entscheidungen, damit unser Standort wettbewerbsfähig, generationengerecht und vertrauenswürdig bleibt. Deshalb setzen wir uns als Junge Industrie dafür ein.

Solche Fragen sind wichtig, die faktenbasierten Taten dann umso mehr: Etwa die Abschaffung der kalten Progression zur Bekämpfung der Teuerung oder die Befreiung von Wertpapieren von der Kapitalertragssteuer bei gleichzeitiger Wiedereinführung einer Behaltefrist als positiven Effekt für die Gesamtwirtschaft. Das ist dann Aufgabe der Politik.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

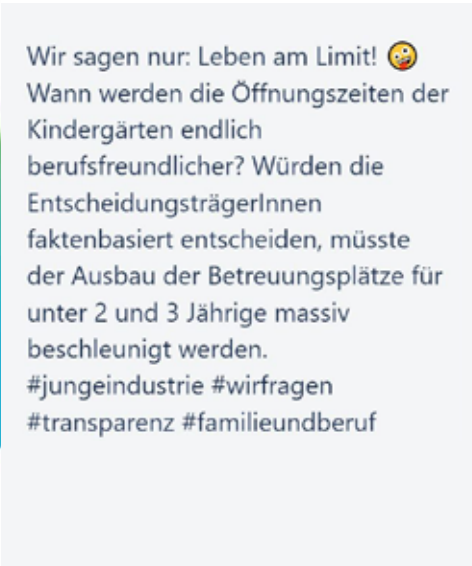


Die Junge Industrie fragt sich...

Wozu gibt es Wissenschaft, Statistik und Fachkompetenzen, wenn politische Entscheidungen am Ende realitätsfern getroffen werden? In vielen Bereichen können politische Maßnahmen nicht nachvollzogen werden, weil es an wissenschaftlichen Grundlagen fehlt oder diese nicht ausreichend transparent gemacht werden.

Mit der JI Social Media Kampagne wollen wir solche gesellschaftsrelevanten Themen und politischen Entscheidungen, die uns unlogisch oder realitätsfremd erscheinen, hinterfragen. Denn es braucht eine Politik, die einen wettbewerbsfähigen, florierenden und vertrauenswürdigen Standort schafft. Das inkludiert ein Bildungssystem, das die wichtigen alltagsrelevanten Kompetenzen vermittelt; ein Pensionssystem, das generationengerecht ist; Digitalisierungsprojekte, die uns fit für die Zukunft machen; Standortentscheidungen, die unsere Wirtschaft nachhaltig stärken; Vereinbarkeitsmaßnahmen, die uns nicht vor die Wahl zwischen Karriere und Familie stellen und vieles mehr.

Dazu ist aber mehr Aufklärung bei gesellschaftsrelevanten Wissensbereichen und mehr Transparenz bei Entscheidungsfindungen nötig. Es braucht nachvollziehbare und korrekte Daten und Fakten, damit Maßnahmen und Strategien der Politik realitätsnah getroffen werden können und den tatsächlichen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Maria Schmidt-Iankova, Marlena Mayer. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Bei der Austin Chamber of Commerce, v.l.n.r.: ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki, Landesrat Martin Eichinger, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, WKNÖ-Vizepräsidentin Nina Stift, Wirtschaftslandesrat Jochen Danning, WKNÖ-Vizepräsident Christian Moser und IV-NÖ-Vizepräsident Andreas Ludwig.

Auf Ideensuche im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Von 1. bis 8. Mai reiste eine Delegation rund um Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner nach Texas, Colorado und ins Silicon Valley. Für die IV-Niederösterreich nahm Vizepräsident Andreas Ludwig an der Delegationsreise teil.

Sieben Tage, drei US-Bundesstaaten und ein enormer Wissenstransfer zu den Themen Nachhaltigkeit, Innovation und erneuerbare Energien – so lässt sich die niederösterreichische Delegationsreise in die USA, die eigentlich schon für 2020 vorgesehen war und nun nachgeholt wurde, wohl am besten beschreiben. Den Auftakt des Programms machte am 2. Mai ein Besuch der lokalen Chamber of Commerce in Austin, Texas. „Dort haben wir gesehen, wie man innerhalb von nur 20 Jahren aus einem verschlafenen Verwaltungstädtchen eine der am stärksten wachsenden Städte der USA machen kann“, sagt IV-NÖ-Vizepräsident Andreas Ludwig. Zu den Gründen für diese positive Entwicklung zählen vor allem eine gute Standortpolitik, keine regionalen Ertragssteuern, attraktive Lebenshaltungskosten

sowie eine aktive Universität, die gleich mehrere Nobelpreisträger hervorgebracht hat. „Deswegen haben Firmen wie Tesla ihr Headquarter in dieses neue Tech- und Start-up-Zentrum der USA verlegt“, so Ludwig.

Ein weiteres Highlight der Reise war der Besuch des „National Renewable Energy Laboratory“, dem größten US-Think-Tank im Bereich erneuerbare Energien, in Denver. „Mein erster Eindruck war, dass wir uns in Österreich zum Thema erneuerbare Energien und nachhaltiges Wirtschaften gar nicht verstecken müssen – im Gegenteil, wir sind vor allem in der breiten Anwendung wahrscheinlich schon weiter“, so Ludwig. Wie immer könne man aber von den Amerikanern lernen, wie man Innovationen richtig vermarktet – und zwar selbst dann, wenn sie vielleicht gar nicht mehr so neu sind.

Außerdem führte die Reise die rund 60-köpfige Delegation ins Silicon Valley sowie zur rund eine Stunde entfernten Stanford University. Dort forscht der gebürtige Österreicher Professor Friedrich Prinz seit Jahrzehnten zum Thema Energiespeicherung.

Erfolgskombination Stanford und Silicon Valley

„Silicon Valley wäre ohne Stanford nicht möglich, der Erfolg von Stanford wäre ohne Silicon Valley nicht möglich“, so Prinz. Zudem betonte er gegenüber der Delegation, wie wichtig es sei, die Grundlagenforschung von der angewandten Forschung strikt zu trennen. Ihm zufolge dürften die Forschungsergebnisse der Universitäten als „Intellectual Property“ nur der jeweiligen Hochschule gehören, die dafür wiederum Lizenzen an Unternehmen verkaufen könne. Angewandte

Forschung durch Studierende und Lehrende dürfe nur „off campus“ betrieben werden, weil sonst unüberbrückbare Interessenskonflikte entstehen würden.

Im Silicon Valley besichtigte die Delegation den Innovationshub Plug & Play, der weltweit über 30.000 Start-ups unterstützt und auch einen Ableger am Flughafen Wien hat, sowie das Unternehmen Kodiak Robotics. Dort entwickeln unter anderem österreichische Ingenieure Prototypen für selbstfahrende LKWs, die bereits in einigen US-Staaten im Einsatz sind.

„Die Delegationsreise hat gezeigt, dass österreichische Unternehmen technologisch absolut am Weltmarkt mithalten können, aber im Bereich der Vermarktung noch viel von den US-Mitbewerbern lernen können“, so das Fazit des IV-NÖ-Vizepräsidenten.

Schiebel-Drohnen: Ohne Piloten, aber nicht im Blindflug

Am 4. Mai war die Junge Industrie NÖ/Bgld zu Gast bei Schiebel in Wiener Neustadt. CEO Hannes Hecher führte persönlich durchs Werk und nahm sich viel Zeit für die gefühlt 1.000 Fragen der JI-Mitglieder.



Nach einer langen Zeit mit Online-Events war es den Mitgliedern der Jungen Industrie NÖ/Bgld Anfang Mai endlich wieder möglich, durch fremde Werkshallen zu schlendern und dabei viel Neues zu lernen. Neben der Wiedersehensfreude war auch die Neugier auf das Unternehmen Schiebel besonders groß. Der „Hidden Champion“ produziert in Wiener Neustadt sogenannte „Camcopter“. Diese 200 Kilogramm schweren Luftfahrzeuge sehen aus wie kleine Helikopter, der Pilot steuert das Gerät aber vom Boden aus.

Bislang hat Schiebel mehr als 400 unbemannte Helikopter produziert und ausgeliefert. Zum Einsatz kommen die Geräte etwa bei der Grenz- und Küstenüberwachung. „Das Radar von Hochseeschiffen geht nur etwa 30 Kilometer weit. Unsere Drohnen erweitern den Suchradar auf dem Meer, denn sie können sogar Flächen von der

Größe des Burgenlands überfliegen und dabei Bilder in Echtzeit übertragen. Zudem brauchen sie keine Start- und Landebahn, was sie für den Einsatz auf Schiffen noch interessanter macht“, erklärt Schiebel CEO Hannes Hecher, der die Gruppe persönlich durchs Werk führte.

Standort Wiener Neustadt in Corona-Zeit ausgebaut

Gegründet wurde das Unternehmen bereits 1951. Die ersten Erfolge verzeichnete Hans Georg Schiebel mit Minensuchgeräten. Mittlerweile ist das Unternehmen, das immer noch im Familienbesitz ist, der weltweite Markt- und Technologieführer für unbemannte Hubschrauber, mit einer Exportquote von hundert Prozent.

Aufgrund der steigenden Nachfrage hat Schiebel den Produktionsstandort in Wiener Neustadt in den vergangenen zwei Jahren

von 3.500 auf 7.000 Quadratmeter ausgebaut. Etwa 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt Schiebel heute in Wiener Neustadt und Wien sowie an den Vertriebsstandorten in den Emiraten, der USA und Australien. Die Entwicklung der Luftfahrzeuge erfolgt am Standort in Wien. In Wiener Neustadt finden die Assemblierung, die Flugtests sowie die Ausbildung der Piloten und des Wartungspersonals statt.

Um die Position als Technologieführer zu halten, investiert das Unternehmen laufend 20 Prozent des Umsatzes in Entwicklung und arbeitet eng mit der TU Wien sowie der Fachhochschule Wiener Neustadt zusammen. Zur größten Herausforderung zählt laut Hecher aktuell die Personalsuche: „Mittlerweile hat der Fachkräftemangel ein noch nie da gewesenes Ausmaß erreicht. Viele Unternehmen fischen in fremden Gewässern, um gute Leute zu bekommen“, so Hecher.



Kinderbetreuung: 15a-Vereinbarung ist ein wichtiger erster Schritt

Monatlang wurde um die neue 15a-Vereinbarung gerungen, die die Aufteilung der Gelder für die Elementarbildung und Kinderbetreuung regelt. Nun steht fest: Die Mittel für die Bundesländer werden um 40 Prozent auf 200 Millionen Euro pro Jahr erhöht, für insgesamt fünf Jahre.

Die größten Bedenken beim Ausbau der Kinderbetreuung kamen von den Gemeinden – immerhin tragen sie den Großteil der Kosten. Zwar rechnet sich der Ausbau, wie ecoAustria belegen kann, allerdings nicht auf Gemeindeebene. Und gerade im ländlichen Raum werden die zugesagten Gelder nicht reichen, um genug Betreuungsplätze für unter Dreijährige sowie längere Öffnungszeiten zu schaffen.

Darüber hinaus muss Kinderbetreuung auch leistbar sein. Derzeit kostet ein ganztägiger Betreuungsplatz für ein unter dreijähriges Kind circa 400 Euro pro Monat – das führt dazu, dass viele Frauen länger in Karenz bleiben oder lieber einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Den Betrieben geht damit wertvolles Arbeitskräftepotenzial verloren – eine verheerende Entwicklung angesichts des akuten Fachkräftemangels.

Abhilfe könnte eine gesetzliche Regelung verschaffen, die es den Betrieben ermöglicht, ihren Mitarbeiterinnen einen steuerbefreiten Kostenbeitrag für Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Davon würden sowohl Frauen als auch Unternehmen profitieren. Darüber hinaus muss auch das Angebot der betrieblichen Tageseltern bekannter werden. Trotzdem ist das nur ein Zusatzangebot, denn es ist nicht die Hauptaufgabe der Betriebe, Kinderbetreuungsplätze zu schaffen.

Mit der Budgeterhöhung ist ein erster, wichtiger Schritt erfolgt – es braucht aber noch mehr Mittel für den Ausbau, sowie Maßnahmen auf mehreren Ebenen. Der Bund muss die Mittel, die es braucht, zur Verfügung stellen, da sich die Kosten für ihn auch langfristig rentieren.

Das Thema ist daher noch nicht zu Ende diskutiert – denn der Bedarf an weiblichen Fachkräften wird auch in Zukunft weiter steigen. Und wenn Frauen nach der Karenz bald wieder zurück ins Erwerbsleben möchten, sollen sie die Chance auf einen hochwertigen und leistbaren Betreuungsplatz für ihr Kind haben.

Ihr

Thomas Salzer,
Präsident der IV-Niederösterreich

Neuer Zugang zur Coding-Karriere

Mit „42Vienna“ startet im Herbst eine international renommierte Coding-Ausbildung in Österreich. Geplant ist – mit Unterstützung einiger Industriebetriebe – auch ein dislozierter Standort in Amstetten.

1,2 Millionen Euro pro Jahr – so viel nimmt ein öffentlich-privates Konsortium in die Hand, damit die aus Frankreich stammende Coding-School „42“ ab Herbst auch in Österreich Fuß fassen kann. Zu den Unterstützern der innovativen Ausbildung zählen unter anderem die IV-Niederösterreich, die RBI und auch renommierte Industrieunternehmen wie die Umdasch Group, Welser Profile oder Worthington Cylinders.

Die Mostviertler Industriebetriebe waren auch diejenigen, die die Ansiedelung von „42“ in Österreich von Anfang an

unterstützt haben, um damit einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs im Bereich Software-Engineering zu leisten. Weitere Starthilfe kam von der IV-Niederösterreich, denn: „Schon jetzt ist es für die Industrie eine große Herausforderung, genug IT-Fachkräfte zu finden – deswegen unterstützen wir den Projektstart von école42 sehr gerne und bewerben das Angebot auch bei unseren Mitgliedsbetrieben“, sagt IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither. Laut dem Industriewissenschaftlichen Institut haben in Niederösterreich bereits im Jahr 2020 rund 2.500 IT-Fachkräfte gefehlt. „Wir gehen davon aus, dass

dieser Bedarf bereits gestiegen ist und auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird“, so Roither.

Der Aufbau von 42 in Österreich wird von der „net for future GmbH“ intensiv begleitet, die beispielsweise auch die Zukunftsakademie Mostviertel betreibt und daher über Erfahrungen im Management von Unternehmensnetzwerken verfügt. Die Schule wird ab Herbst den ersten 150 Studierenden eine gebührenfreie Coding-Ausbildung bieten. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ein Mindestalter von 18 Jahren vorweisen und zwei Online-Tests absolvieren, bei denen logisches und analytisches Denken gefragt ist. Im August und September folgen je vierwöchige Bootcamps zur Finalauswahl. Flexibilität wird bei 42Vienna groß geschrieben: Je nach individuellem Lerntempo und gewünschter Spezialisierung dauert das Studium zwei bis maximal fünf Jahre. Dabei sollen die Studierenden auch rund ein Jahr für Praxisprojekte bei Unternehmen in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich arbeiten.

Die Hochschule hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 bereits an über 40 Standorten auf allen Kontinenten etabliert und zählt im Bereich der IT-Ausbildung zu den zehn besten Universitäten der Welt. Weitere Informationen: www.42vienna.com



42Vienna will auch gezielt Frauen ansprechen. Die derzeitige Bewerberquote von Frauen liegt bei über 40 Prozent.



„Wir brauchen ein großes Leitbild für die Energiezukunft“

Stefan Szyszkowitz, Vorstandssprecher der EVN, im Gespräch über die hohen Energiepreise, Versorgungssicherheit sowie die Chancen und Grenzen durch alternative Energiequellen.



Einst IV-Trainee, jetzt EVN-Chef: Stefan Szyszkowitz ist seit 2017 Vorstandssprecher der EVN.

Wir erleben eine noch nie da gewesene Kostenexplosion bei den Energiepreisen. Die EVN muss auch selbst Strom zukaufen – was bedeutet das für Sie in der aktuellen Preissituation?

Im Gesamtkonzern haben wir 20 Prozent des Stroms aus Eigenerzeugung, in Niederösterreich liegt diese Quote bei 40 bis 50 Prozent. Den Rest müssen wir zukaufen. Als Wiederverkäufer sind wir natürlich von den Preissteigerungen betroffen. Unsere Experten versuchen die Energieaufbringung so zu optimieren, dass wir den Anstieg nur so gering wie möglich an die Endkunden weitergeben müssen. Der bisherige Marktmechanismus – das Merit-Order-Prinzip – hat lange für einen gut funktionierenden Markt gesorgt, stößt aber jetzt an seine Grenzen. Im Mai hat die EU-Regulatoren-Konferenz beschlossen, dass das Merit-Order-Prinzip bleiben soll, aber es können andere, temporäre Ausgleichsmaßnahmen angewendet werden, um die hohen Preise abzufedern.

Die Preissteigerungen sind nicht allein auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen. Was sind die weiteren Gründe und wie wird die Preisentwicklung weitergehen?

Weitere Gründe sind die CO₂-Bepreisung und der Umbau des Energiesystems, allen voran gekennzeichnet durch den Ausstieg Deutschlands aus Kernkraft und Kohle. Und während in Europa noch Lockdown war, hat China weltweit große Kohlebestände aufgekauft. Die fehlenden Reserven haben auch den Preisanstieg befeuert. Wir gehen davon aus, dass die Energiepreise zumindest bis 2023 auf diesem hohen Niveau bleiben werden. Erst danach wird sich die Lage entspannen, aber das Vorkrisenniveau werden wir nicht mehr erreichen – der Umbau der Infrastruktur in Richtung einer erneuerbaren Energiezukunft ist dafür ein wesentlicher Faktor.

Unter den Unternehmen herrscht große Verunsicherung darüber, was im Falle eines Energielenkungsverfahrens aufgrund eines Gas-Stopps passieren wird. Was können Sie diesen Betrieben raten?

Die gute Nachricht zuerst: Mit jedem Tag des Sommers werden die Auswirkungen geringer, weil mehr Gas eingespeichert wird. Bis 1. November wird es eine strategische Gasreserve geben. Industriebetriebe haben auch die Möglichkeit, eigene Gasvorräte einzulagern. Sollte es zu einem Energielenkungsfall kommen, werden die Unternehmen informiert, ob und in welchem Ausmaß sie weiterhin Zugang zu Gas erhalten. Konkrete Ratschläge sind schwierig, weil niemand weiß, welche Szenarien eintreffen werden – also ob es tatsächlich zu einem Gas-Stopp oder nur zu einer Drosselung kommt und welcher Zeitraum betroffen wäre. Es macht jedenfalls Sinn, sich vorab bei seinem Energieversorger oder auch direkt bei einem Speicherunternehmen zu informieren. Wir sollten die aktuellen Weichenstellungen auf jeden Fall bestmöglich nutzen – um gemeinsam zu einem Stabilitätspakt für die Energieversorgung zu kommen. Es braucht ein großes Leitbild für die Energiezukunft und dafür gibt es keinen besseren Zeitpunkt als jetzt.

„Es braucht einen breiteren Mix aus Energiequellen und vor allem Technologieoffenheit.“

Aktuell wird auch Biomasse als Lösung gesehen, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Welches Potenzial sehen Sie in dieser Form der Energiegewinnung?

Die EVN hat eine über 20-jährige Tradition in der Nutzung von Biomasse für Raumwärme und Verstromung. Insbesondere in Ballungsräumen kann Biomasse eine gute Alternative sein. In Krems errichten wir gerade so eine Anlage, in der wir Strom für 15.000 und Naturwärme für 30.000 Haushalte erzeugen werden und die damit einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten wird. Biomasse allein kann ausländisches Gas aber nicht ersetzen. Es braucht einen breiteren Mix aus Energiequellen und vor allem Technologieoffenheit.

Im Vordergrund müssen immer die Verfügbarkeit und die Effizienz stehen.

Immer mehr Industriebetriebe erzeugen Strom durch betriebseigene PV-Anlagen und möchten selbst ins Stromnetz einspeisen. Welche Möglichkeiten gibt es dafür?

Jede Form von Eigenstromerzeugung ist wertvoll. Die Einspeisung von Fotovoltaik ins Netz hat allerdings ihre Grenzen. Schließlich produzieren alle Anlagen im gleichen Zeitraum – und das ist eine enorme Herausforderung für die Netzinfrastruktur sowie die im Hintergrund laufende IT-Infrastruktur. Bereits jetzt hängen rund 52.000 PV-Anlagen im Netz der EVN und wir haben allein heuer bisher über 20.000 Kundenanfragen betreffend Errichtung neuer PV-Anlagen. Auf die Schnelle kann Photovoltaik nicht die alleinige Lösung sein, zumal die Paneele und Gewerke nicht immer sofort verfügbar sind und die Netze weiter ausgebaut werden müssen. In der Kombination mit anderen Energiequellen und auch mit zunehmend besseren Speichern, wird Photovoltaik aber natürlich immer wichtiger – ebenso wie die Beratung dazu.



In Krems errichtet die EVN gerade eine Biomasseanlage, in der Strom für 15.000 und Naturwärme für 30.000 Haushalte erzeugt werden soll.

ZUR PERSON

Stefan Szyszkowitz startete seine Karriere unter anderem als IV-Trainee und ist seit 1993 für die EVN tätig. 2011 wurde er in den Vorstand der EVN AG berufen und im Jahr 2017 zum Sprecher des Vorstands ernannt. Seine Bestellung läuft bis Jänner 2026. Der studierte Jurist ist verantwortlich für die Segmente Energie und Südosteuropa sowie unter anderem für die Konzernfunktionen Controlling (inkl. Investor Relations), Customer Relations, Finanzwesen, Kommunikation und Personalwesen.

ZUM UNTERNEHMEN

Die EVN ist der führende Energieversorger in Niederösterreich, mit Hauptsitz in Maria Enzersdorf. Das börsennotierte Unternehmen bietet Strom-, Gas-, Wärme-, und Trinkwasserversorgung sowie Abwasserentsorgung und thermische Abfallverwertung. Insgesamt ist die EVN Gruppe in 14 Ländern tätig und beschäftigt über 7.000 Mitarbeiter.



Beim Spatenstich der Biomasseanlage in Krems, v.l.n.r.: Vizebürgermeister Martin Sedelmaier, Bürgermeister Reinhard Resch, LH Johanna Mikl-Leitner und EVN-Vorstandssprecher Stefan Szyszkowitz.